Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mark 2.—. Einzelnummer 20 Goldpfg. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Maxstr. 4.

Inhalt:

Die Entgiftung des innerpolitischen Kampfes — Der Fall Sonnenfeld in der Berliner jüdischen Gemeinde — Aus der jüdischen Welt — Aus der Welt der Chassidim (Feuilleton) — Personalia — Gemeinden- und Vereins-Echo — Spenden-Ausweis

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echos“, München, Herzog-Maxstr. 4. Fernsprecher 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 53 | **München, 31. Dezember 1926** | **13. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5. Tel. 23363

1926 Wochenkalender 5687

	Januar	Tebeth	Bemerkungen
Sonntag	2	28	
Montag	3	29	
		Schebat	
Dienstag	4	1	ראש חדש
Mittwoch	5	2	
Donnerstag	6	3	
Freitag	7	4	
Samstag	8	5	בא

EIN PRÄCHTIGES GESCHENKWERK
PALÄSTINA
mit 300 Bildern / gebunden Mark 20.—
Zu beziehen durch die
„EWER"-BUCHHANDLUNG, Ottostr. 2
oder durch die Expedition des Blattes
VERLAG B. HELLER, Herzog-Max-Str. 4
Das Werk kann auch gegen bequeme
RATENZAHLUNG
bezogen werden

HEDWIG STRAUSS • BLUMEN-PFLANZEN
München
Friedrichstraße 28, Ecke Hohenzollernstraße. Telephon 33830



München · Türkenstrasse 60 · Telefon 22261
Werkstätte
für Polster-Möbel
Tapezierer und Dekorateur

Private
Münchner Kraftfahr-Kurse
München, Leopoldstraße 15 · Tel. 34569
Leitung: Dipl.-Ing. W. Pusch
Sorgfältigste Ausbildung
MAN VERLANGE PROSPEKT

LUDWIG BECKER
München / Schillerstr. 13 / Telephon 58061
Feine Wurstwaren und Delikatessen
Die bekannten Zimmermann-Spezialitäten
Weine, Spirituosen, Kolonialwaren. Zustellung frei Haus



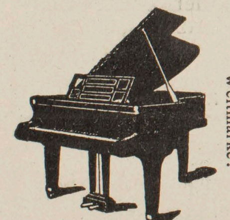
Das G.m.b.H.
Münchener
Kaufhaus
Neuhauser
Straße 44 •
am Karlstor
Bekleidung / Mode / Sport
Wohnungsausstattung

„LEOPOLD"
Brennstoff-Vertriebs-Gesellschaft m.b.H.
Implerstraße 18 Telephon 74431
liefert prompt und billigst
Briketts, Kohlen, Koks, Holz

Theatiner-Rösterei
Theatinerstrasse 34 G.m.b.H. Telephon 24358
*Hochfeine **Kaffee-** und **Tee-**Mischungen*
zu sehr mässigen Preisen
Südweine, Liköre, Spirituosen | Zustellung frei Haus



Allerbeste Qualitätsarbeit!
KORBWAREN KINDERWAGEN
Hermann Grunert,
Äuß. Maximilianstr. 7, b. Max Weberpl., Tel. 41856


Flügel und Pianos
Meisterwerke in Ton u. Qualität
in allen Preislagen
zu d. günstigsten Bedingungen.
Weltmarke: **Steingraeber & Söhne**
Hoflieferant
München, Theatinerstraße 35/I



Das Jüdische Echo

Nummer 53 | 31. Dezember | 13. Jahrgang

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: Dienstag abend

Die Entgiftung des innerjüdischen Kampfes

Es ist eine leicht feststellbare Tatsache, daß der innerjüdische Kampf in der letzten Zeit unerwünschte Formen angenommen hat. An Stelle sachlicher Auseinandersetzungen und leidenschaftsloser Kritik gegnerischer Anschauungen werden oft Methoden angewandt, welche die Grenzen der Objektivität und der Mäßigung verlassen und geeignet sind, das Ansehen des Judentums in der Umwelt aufs schwerste zu gefährden. Es ist also sehr zu begrüßen, wenn gerade jetzt Stimmen laut werden, diesem unerquicklichen Zustand ein Ende zu machen und eine Entgiftung der Atmosphäre anzubahnen. So hat sich der C.-V. dazu entschlossen, den Versuch zu machen, durch eine Aussprache in seinem Blatte den Weg der Verständigung zu beschreiten.

Diesen Anfang können wir aus vollstem Herzen begrüßen. Gerade wir hatten uns so oft gegen die wenig vornehmen Methoden unserer Gegner zu wehren, wie es ja z. B. die letzten Vorkommnisse in der Affäre Badt-Sonnenfeld beweisen und wissen den Wert sachlicher, jeder persönlichen Gehässigkeit baren Auseinandersetzungen wohl zu schätzen.

Auch wir sehen kein Hindernis, unter Wahrung unserer grundsätzlichen Einstellung, mit Andersdenkenden in Dingen, die ein gemeinsames Arbeiten ermöglichen, zusammenzugehen. Wir billigen also durchaus den Standpunkt des Herrn Heinrich Stern, wie er ihn in seinem Aufsatz „Liberales Judentum im Spiegel der Gegner" präzisiert hat, daß „die scharfe, aber ohne Haß erfolgte Formulierung der gegensätzlichen Wegrichtung einerseits und die Mitarbeit auf großen Wegstrecken zum gleichen Ziele" wohl möglich und wünschenswert ist.

Eine deutliche und klare Hervorhebung des Trennenden und eine leidenschaftslose Kritik der gegensätzlichen Anschauungen kann unserer Meinung nach der erstrebten Befriedung des deutschen Judentums keine Hindernisse bereiten und ein Zusammenarbeiten auf gemeinsamer Plattform gut möglich machen. Als das wesentlichste Moment in der Gegensätzlichkeit zwischen dem Zionismus und seinen Gegnern muß das Verhältnis zum Palästinaaufbau betrachtet werden. Wie wir an einem Beispiel beweisen wollen, läßt sich auch hier das Trennende auf eine prinzipielle Frage reduzieren. Herr Dr. Ludwig Holländer bespricht in der letzten Nummer des C.-V.-Blattes das Palästina-Problem wie folgt:

„Wer die Religion und die religiöse Entwicklung als das Entscheidende ansieht, wird mit dem Gefühl inniger Liebe zu Palästina, das jeder besitzt, der vom Judentum etwas weiß, eine Siedlung in Palästina wünschen und fördern unter Zugrundelegung nüchterner, volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Für ihn wird der Volkswirt entscheiden: Ist eine solche Siedlung möglich, zweckmäßig, bald Erfolg versprechend? Er wird das Palästinaprojekt jedem anderen Projekt vorziehen, wenn zwischen den Möglichkeiten des Gelingens ein nicht allzu großer Abstand vorliegt; aber das Entscheidende für ihn wird die große Frage der Unterbringungsmöglichkeit und der segensreichen Zukunft einer möglichst großen Masse von Juden sein. Dieser Gesichtspunkt kann für den anders gesinnten Juden nicht maßgebend sein. Nach seiner Überzeugung erfordert der Erhaltungswunsch des jüdischen Gesamtkomplexes die Erhaltung und den Ausbau der im Laufe der Jahrhunderte angeblich niemals verlorenen nationalen Grundlage, das heißt derjenigen Grundlage, auf der das körperlich und geistig als spezifisch jüdisch erkannte, im wesentlichen außerreligiöse Gut erhalten und nach den Gesichtspunkten der heutigen Wissenschaft vermehrt werden kann.... Wenn man uns darum fragt: „Seid Ihr gegen Palästina?", so werden wir diese Frage niemals bejahen können. Auch wir sind für Palästina. Aber wir halten die Art der Besiedlung, wie sie beabsichtigt und zum Teil schon vorgenommen wird, deswegen für unrichtig und sehr bedenklich, *weil sie von politischen und kulturellen Gesichtspunkten getragen wird*, die für eine solche Kolonisation beinahe gefährlich sind. Wenn wir sagen, politische Gesichtspunkte, so meinen wir eine *Art bewußter Konzentration des Gesamtinteresses der Juden in der Welt nur auf Palästina.* Und wenn wir von kulturellen Dingen sprechen, so meinen wir, daß es überflüssig ist, ein Kulturzentrum in Palästina zu schaffen. Vor einer unpolitischen, auf rein kolonisatorisch-wirtschaftlicher Grundlage beruhenden Arbeit für Palästina zu warnen, hat der C.-V. nicht im mindesten Anlaß."

Nun, wir sind in dieser Hinsicht anderer Meinung. Wir glauben nicht, daß sich der Aufbau Palästinas auf rein wirtschaftlich-philantropischer Grundlage vollziehen läßt. Ohne den gewaltigen Hebel des nationalen Idealismus, ohne den Willen, eine neue, auf normalen Grundlagen aufgebaute Konzentrationsstätte für das jüdische Volk, nicht für x-Tausende armer Juden, ist die Siedlung in Palästina auch wirtschaftlich eine Unmöglichkeit. Palästina ist uns die notwendige materielle Grundlage für die Wiederbelebung des Judentums als Kulturnation mit der ihm gebührenden Stelle in der Gemeinschaft der Nationen. Wir glauben, daß nur auf diesem Wege — also durch nationale Konzentration — das Unnatürliche des Judendaseins, welches allen Völkern mehr oder weniger instinktiv bewußt ist, aus der Welt geschafft wird. Wir glauben, daß die Judenfrage dadurch ein anderes Gesicht bekommt und im wesentlichen gelöst wird und nicht durch die an und für sich nützlichen, doch palliativen Methoden des C.-V. Mit einer Ansiedlung von Juden allein — und mögen es viele Tausende sein — ist uns nicht gedient, wenn sie nicht die Möglichkeit gibt, durch wirtschaftliche und kulturelle

schöpferische Leistungen der Welt zu beweisen, daß wir am Gesamtkulturgut der Menschheit mitzuarbeiten gewillt und geeignet sind. Es unterliegt aber auch keinem Zweifel, daß das zionistische Palästinawerk auch in dem Sinne, wie es der C.-V. wünscht, eine große Rolle spielen kann, indem es auch wirtschaftliche Verwurzelung heimatloser und existenzloser jüdischer Massen ermöglicht, und schon aus diesem Grunde allein dürften dem Palästinawerk keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Wir begnügen uns also zunächst mit der Ziehung des Trennungsstriches zwischen uns und dem C.-V. in Angelegenheiten des Palästinaaufbaus. In Dingen der jüdischen Gemeindepolitik werden doch sicher viel weniger Gegensätze vorhanden sein und die unvermeidbaren Meinungsverschiedenheiten können in Form sachlicher Auseinandersetzungen sine ira et studio vor sich gehen. Sehr energisch müßten wir uns aber wehren, wenn solche Fälle auftreten sollten, wie die traurigen Vorkommnisse in der Sonnenfeld-Affäre und der ähnlichen des Dr. Bamberger in Köln.

Das Austragen innerjüdischer Kämpfe vor einem nichtjüdischen Forum muß von vornherein schärfstens verurteilt werden. Ganz besonders aber müßten die dem C.-V. sehr nahestehenden Liberalen gegen ihre Mitglieder auftreten, wenn sie sich dabei der Form der Denunziation bedienen. Die Bezichtigung eines hohen Staatsbeamten bei seinem Vorgesetzten der Parteilichkeit nur aus dem Grunde, weil er Zionist ist, wie es Herr Justizrat Sonnenfeld im Falle Badt getan hat, verdient die schärfste Verurteilung. Ebensowenig dürfte sich der Fall ereignen, daß ein in seiner Gemeinde allseits hochgeachteter Lehrer infolge seiner zionistischen Einstellung von der Stelle eines Schulleiters ausgeschlossen wird. Dieser Fall ereignete sich vor kurzem in Köln, wo Herr Dr. Bamberger trotz allgemein anerkannter pädagogischer Qualifikationen, lediglich infolge der Umtriebe eines zionistenfeindlichen Mitgliedes der Repräsentanz der Kölner jüdischen Gemeinde, beim Stadtschulrat die Rektorstelle nicht erhielt.

Es wäre sehr betrüblich, wenn diese Ereignisse sich wiederholen sollten. Sie würden keiner Partei Vorteil bringen, sondern lediglich die Verachtung der nichtjüdischen Mitbürger. Hält man also am Grundsatz fest, die innerjüdischen Streitigkeiten auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft auszutragen, dann ist das erste Hindernis zur Verständigung hinweggeräumt und der Weg zur Befriedung des deutschen Judentums wird frei. S.

Der Fall Sonnenfeld in der Berliner jüdischen Gemeinde

In der Sitzung der Repräsentantenversammlung vom 16. Dezember teilt zu Beginn der Sitzung der Vorsitzende M. A. Loeb mit, daß der 1. Vorsitzende, Herr Rechtanwalt Heinrich Stern, wegen Krankheit verhindert sei, die Sitzung zu leiten, und daß Herr Justizrat Sonnenfeld sein Mandat in der Repräsentantenversammlung niedergelegt hat.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Etats der Gemeinde. Zunächst wurde der Wohlfahrts-Etat beraten, über den Ministerialrat Goslar ein ausführliches Referat erstattete. Es entspann sich darüber eine längere Debatte, in deren Verlauf der Obmann der Fraktion der Jüdischen Volkspartei, Dr. Klee, das Wort ergriff.

Dr. Klee verliest in chronologischer Reihenfolge und mit ausführlicher Glossierung die Briefe des Herrn Sonnenfeld an den Minister des Innern und an den Kultusminister, den Brief der Liberalen Fraktion an den Minister des Innern und schließlich dessen Antwort. Dr. Klee weist darauf hin, daß in den Briefen eine Reihe eklatanter Unrichtigkeiten enthalten sind. Z. B. werde stets betont, die Zionisten hätten ein Mißtrauensvotum gegen Sonnenfeld eingebracht, während in Wahrheit alle Parteien mit Ausnahme der herrschenden liberalen solche Anträge gestellt hätten. Dr. Badt wird als „führender Zionist" geschildert, obwohl er niemals eine leitende Stellung in der Zionistischen Organisation bekleidet hat. Der Brief spricht von „gegnerischem Treiben", obwohl das „Treiben" von den Liberalen ausgegangen war. Sonnenfeld hat der Repräsentantenversammlung berichtet, der Minister habe sich seiner Meinung angeschlossen, wie er aus dessen Händedruck beim Abschied entnehmen könne. Der Brief an den Kultusminister ist in einem devoten Ton geschrieben, den wir als unwürdig empfinden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Beamte, dessen Hilfe Sonnenfeld anruft, nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß er kein Judenfreund ist. Einen solchen Beamten hält Herr Sonnenfeld zur Beurteilung jüdischer Dinge für qualifiziert, einen Zionisten aber für disqualifiziert. Das von Sonnenfeld beigebrachte Gutachten des Geheimrats Kahl kann nur zustandegekommen sein, wenn diesem die Akten der Berliner Gemeinde zugänglich gewesen sind. Das ist unverständlich. Jeder praktische Jurist weiß, daß derartigen Gutachten keine Bedeutung beizumessen ist, weil in

den meisten Rechtsfragen jede Partei juristische Gutachten für ihren Standpunkt erhalten kann.

Dr. Klee verliest schließlich den Brief des Ministers Grzesinski und fährt fort: Ich bedauere diesen Brief als Jude, denn hier hört das Parteiinteresse auf. Als Jude empfinde ich es schmerzlich, daß ein wichtiger Bestandteil unserer Gemeinde sich das sagen lassen muß. Die Situation hat natürlich dadurch eine Klärung gefunden, daß eine Sitzung der Liberalen mit großer Mehrheit entschieden hat, daß Sonnenfeld die Konsequenzen zu tragen hat. Ich erkenne es an, daß sich im liberalen Lager Stimmen gegen diese Methoden erhoben haben. Ich weiß auch, daß eine Reihe von Vorstandsmitgliedern der liberalen Vereinigung unter dem Eindruck dieser Vorgänge dafür eintraten, den Wahlprotest zurückzuziehen. Die Herren haben die richtige Erkenntnis gehabt, so geht es nicht weiter. Das hätte man sich aber vor dem Protest sagen müssen. Denn wenn man erst zu Hintertreppenpolitik gezwungen ist, so kommt man leicht in Situationen, die der Gemeinde nicht würdig sind. Es sind an mich in der letzten Zeit eine Reihe von Friedensangeboten gerichtet worden, die wahrscheinlich nicht autorisiert waren. Aber in dieser Sache gibt es doch keine Möglichkeit zu einem Kompromiß. Nur eines kann den Frieden in der Gemeinde bringen, nämlich die Zurückziehung des Protestes. Ich kann versprechen, daß die neue Mehrheit die Verwaltung der Gemeinde loyal führen wird, unter voller Wahrnehmung der Interessen der Liberalen.

Wenn also von Entgiftung der Atmosphäre gesprochen wird, dann habe ich die Hoffnung, daß ich heute abend dazu beigetragen habe. Ich habe die Sache in aller Ruhe vorgelegt, obwohl wahrlich Anlaß genug zur Erregung vorhanden war. Ich habe auch anerkannt, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen Herrn Sonnenfeld und der liberalen Fraktion. Aber Sie müssen auch anerkennen, daß mit den bisherigen Methoden gebrochen werden muß. Dazu gehören zwei Dinge, erstens Rückkehr zur demokratischen Öffentlichkeit und zweitens Verständnis für die großen Aufgaben der jüdischen Gesamtheit und insbesondere für Palästina, für das, was jüdische Menschen unter Einsetzung ihres Lebens für das Judentum dort leisten.

Prof. Türk (liberal) anerkannte, daß Dr. Klee in ruhiger versöhnlicher Form gesprochen habe. Sonnenfeld hat sein Mandat zur Verfügung gestellt. Die liberale Fraktion war nicht über alle Schritte Sonnenfelds unterrichtet. Sie hätte den Brief an den Minister nicht geschrieben. Wir fürchten keine Neuwahlen, aber wir haben den Wunsch, daß endlich Friede in die Gemeinde einzieht.

Brief des Ministers Grzesinski an die Liberale Fraktion

Berlin, den 8. 12. 1926.

In der Anlage übersende ich ergebenst Abschrift einer Eingabe des Vorstandes der Liberalen Fraktion der Repräsentantenversammlung nebst Anlagen unter Bezug auf das Schreiben vom 15. 7. 26. Nr. 266/26.

Zu der angeschnittenen grundsätzlichen Frage bemerke ich folgendes:

Bereits in der Unterredung, die Herr Justizrat Sonnenfeld in Verfolg seines in Abschrift beigegebenen Schreibens vom 21. X. d. J. mit mir am 25. X. hatte, habe ich ihn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß ich die völlig unbegründete Anzweiflung der Objektivität eines mir unterstellten Beamten aufs schärfste ablehne.

Herr Justizrat Sonnenfeld hat in einem an den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten, mir von diesem mitgeteilten Schreiben, dessen Abschrift ich beifüge, über den Inhalt dieser Unterredung unzutreffende Angaben gemacht; ich habe mich deshalb zu meinem Bedauern genötigt gesehen, seine Angaben dem Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegenüber richtig zu stellen.

Wenn jetzt die Liberale Fraktion der Repräsentantenversammlung die Anzweiflung der Objektivität eines meiner Beamten aufnimmt und bedauert, daß dieser sich „nicht selbst in dieser Angelegenheit als befangen erklärt habe“, so muß ich meinem lebhaften Befremden über ein solches Vorgehen Ausdruck geben. Der Auffassung der Liberalen Fraktion liegt anscheinend eine grundsätzliche Verkennung der Stellung des Beamten, insbesondere des Verwaltungsbeamten, zugrunde. Von allen Beamten muß erwartet werden, daß sie getreu ihrem Diensteide in jedem Falle die Entscheidung nach pflichtgemäßem Ermessen und ohne Rücksicht darauf treffen, wie sie etwa gesinnungsmäßig einer zu entscheidenden Frage gegenüber eingestellt sind. In diesem Rahmen sind sie bei allen, in ihr Arbeitsgebiet fallenden Entscheidungen zur Mitwirkung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, sofern nicht im Einzelfalle die Person des Beamten selbst von der Entscheidung betroffen wird. In allen anderen Fällen kommt die Erklärung eines Beamten, er sehe sich auf Grund einer gesinnungsmäßigen Einstellung zu der zu entscheidenden Frage als befangen an, gar nicht in Betracht. Eine andere Beurteilung würde mit Notwendigkeit zu einer völligen Lahmlegung jeder Verwaltungstätigkeit führen.

Im übrigen hat letzten Endes für die Bearbeitung der Chef der Behörde, im vorliegenden Falle also ich, selbst die Verantwortung, die ausdrücklich auch durch meine oder meines Vertreters Unterschrift unter den hinausgehenden Bescheid bekräftigt wird. Die Anzweifelung der Objektivität meines Sachbearbeiters in dem Schreiben des Herrn Justizrat Sonnenfeld richtet sich unmittelbar also gegen mich selbst.

Ich bitte die Einsender von meiner Stellungnahme in Kenntnis zu setzen und darauf hinwirken zu wollen, daß in Zukunft solche grundlose Verdächtigungen unterbleiben. gez. Grzesinski.

Brief des Herrn Justizrat Sonnenfeld an den preußischen Kultusminister

(Z. Hd. d. Herrn Geheimrat Paul.)

Berlin W 35, den 3. Nov. 1926.

Hochzuverehrender Herr Geheimrat,

in der Anlage beehre ich mich, Ihrer gütigen Erlaubnis entsprechend, das Gutachten des Herrn Geheimrat Kahl mit der Bitte um freundliche Kenntnisnahme zu übersenden. Gleichzeitig beehre ich mich, mitzuteilen, daß der Herr Minister des Innern mich am Montag, den 25. X., empfangen hat und mir hierbei folgendes erklärte:

a) Er habe als Mitglied des parlamentarischen Wahlprüfungsgerichts stets die im Protest gegen die Repräsentanten-Wahlen geltend gemachten Gründe als einen hinreichenden Anlaß zur Vernichtung der Wahlen erklärt.

b) Er habe eben deshalb auch in seiner früheren Eigenschaft als Polizeipräsident seine Entscheidung vorbehaltlich ministerieller Zustimmung dahin getroffen, daß die Repräsentantenversammlung als ungültig zu betrachten sei.

c) Er werde als Minister sich nicht in Widerspruch setzen zu seiner regelmäßigen Stellung im parlamentarischen Prüfungsgericht und zu der als Polizeipräsident.

Wenn hiernach noch ein Zweifel im Kultusministerium über die Behandlung des Protestes besteht, wäre ich zu großem Danke verbunden, wenn mir eine nochmalige Rücksprache unter Angabe der Bedenken gewährt wird. Da ich Euer Hochwohlgeboren nicht ansinnen kann, die Zeit für einen Briefwechsel mit mir zu verwenden, bitte ich gehorsamst, mich zu ermächtigen, Herrn Konsistorialrat Dr. Grünbaum telephonisch nach Ihrer Entscheidung, sehr geehrter Herr Geheimrat, anfragen zu dürfen.

Die gebetene Erlaubnis werde ich als gegeben ansehen, wenn ich keinen gegenteiligen Bescheid erhalte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Hugo Sonnenfeld,
Justizrat.

Brief des Vorstandes der Liberalen Fraktion der Repräsentantenversammlung an den preußischen Minister des Innern.

Berlin, den 1. XII. 1926.

Hochzuverehrender Herr Minister,

aus Veranlassung des Briefes, mit welchem Herr Justizrat Sonnenfeld eine Rücksprache mit dem Minister des Innern nachsuchte, hatten die Zionisten an der Verbandstagung des Preußischen Landesverbandes ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Justizrat Sonnenfeld beantragt, um diesen zu nötigen, das Amt eines Präsidenten des Verbandstages niederzulegen. Sie hatten an dem Briefe beanstandet, daß Herr Justizrat Sonnenfeld den Herrn Minister um die Erwägung gebeten hatte, ob der jetzige Ministerialdirektor, Herr Badt, ein führender Zionist, geeignet sei, an der Behandlung des Wahlprotestes der Liberalen mitzuwirken, obwohl sich dieser Wahlprotest im wesentlichen gegen die Zionisten richtet.

Die Liberale Fraktion, welche für sich allein am Verbandstage mehr Vertreter besitzt als die anderen Parteien zusammengenommen, hat jedes Mißtrauensvotum gegen Herrn Justizrat Sonnenfeld abgelehnt und hat ihrerseits eine Vertrauenserklärung und einen Dank dafür ausgesprochen, daß der Genannte sich auf ihr Ersuchen bereit gefunden hat, das Amt weiterzuführen.

Da auch in der Repräsentantenversammlung Angriffe seitens der Zionisten gegen Herrn Justizrat Sonnenfeld wegen des Briefes erhoben worden sind und da es sich um eine Maßnahme des genannten Herrn handelt, die er in seiner Eigenschaft als Spitzenkandidat der Liberalen auf der Liste der Repräsentantenwahlen vorgenommen hatte, beschäftigte sich auch die Liberale Fraktion mit einer Prüfung der Angelegenheit in formaler und materieller Hinsicht.

Die Fraktion hat einstimmig die in der Anlage mitgeteilte Entschließung gefaßt. Wir halten uns gegenüber dem gegnerischen Treiben verpflichtet, Ihnen, hochzuverehrender Minister, hiervon Kenntnis zu geben und weisen hierbei auch noch darauf hin, daß die Fraktion der Repräsentantenversammlung ihrer Satzung entsprechend verstärkt war durch 8 vom Liberalen Verein, dem Träger des Wahlkampfes entsandten Damen und Herren und außerdem durch die im angefochtenen Wahlkampfe gewählten neuen Repräsentanten. Alle Beschlüsse wurden von uns einstimmig gefaßt, wie ja auch die Ablehnung des gegnerischen Mißtrauensvotums und die Erteilung des eigenen Vertrauensvotums seitens der 66 Mitglieder zählenden Liberalen Fraktion des Landesverbandes gefaßt worden war.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung zeichnet der Vorstand der Liberalen Fraktion der Repräsentantenversammlung.

Die Entschließung:

Die Fraktion billigt einmütig das Vorgehen des Herrn Justizrats Hugo Sonnenfeld in der Angelegenheit des Wahlprotestes und bedauert, daß Herr Ministerialdirektor Badt sich nicht selbst in dieser Angelegenheit als befangen erklärt hat. Herr Ministerialdirektor Badt gehört zu den prominenten Führern der zionistischen Partei. Gegen diese wenden sich im wesentlichen die Wahlproteste. Wir sehen uns nunmehr genötigt, unsere bisherige Zurückhaltung aufzugeben und die Gründe des Wahlprotestes im Auszug zu veröffentlichen.

Berlin, den 29. November 1926.

Aus der jüdischen Welt

Zur Schächtfrage

Wie wir bereits im „Jüdischen Echo“ (Nr. 51) berichtet haben, wandte sich der Münchener Tierschutzverein zugleich im Namen zahlreicher anderer Tierschutzvereine mit einer Eingabe an den Landtag, in welcher an den Beschluß des Landtags vom 8. Juli 1926, die Staatsregierung um die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs betreffend die Einführung des Betäubungszwanges vor dem Blutentzug bei den Schlachttieren erinnert und gebeten wird, den Erlaß dieses Gesetzes zu beschleunigen, daß es möglichst noch vor Weihnachten verabschiedet werde.

Wie die „Münchner Neuesten Nachrichten“ vor kurzem zu melden wußten, hat die bayerische Staatsregierung in Durchführung des erwähnten Landtagsgesuches einen Gesetzentwurf fertiggestellt und darüber die folgende Erklärung abgegeben: „Der Entwurf eines Gesetzes über das Schlachten von Tieren ist vom Ministerium des Innern fertiggestellt. Der Ministerrat hat den Entwurf noch zurückgestellt, um das Ergebnis der im Gange befindlichen, den rituellen Schächtvorschriften genügenden Betäubungsversuche abzuwarten.“ (Unter solchen rituellen Schächtvorschriften genügenden Betäubungsversuchen sind Versuche zur Betäubung durch chemische Mittel zu verstehen. Anm. d. Redaktion.)

Justizrat Dr. E. Fränkel veröffentlicht in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ einen Artikel über die Propaganda der Schächtgegner, der in folgendem ausklingt: „... Die Wissenschaft mag darüber entscheiden, ob die Frage der Tierquälerei beim Schächtakt besser geklärt ist, als die der menschlichen Gesundheitsschädigung bei dauerndem Entzug des Fleischgenusses. Da sich die Auslassungen der Schächtgegner in den „M.N.N.“ mit Vorliebe auf das Gebiet des Alten Testaments begeben, ist es vielleicht einem religiösen Juden gestattet, sich ebenfalls auf dasselbe zu beziehen. Der Prophet Hosea geißelt in einer seiner Reden in lapidarer Weise seine Zeitgenossen mit den Worten: „Die da Menschen opfern, küssen Kälber.“ Auch das religiöse Judentum fühlt sich auf das tiefste darüber erregt, daß seine Gewissenskrupeln vermeintlichen Tierschutzinteressen geopfert werden sollen.“

Woher das Beweismaterial der Schächtgegner stammt, beweist folgender von der JTA. berichteter Fall:

Berlin, 22. Dezember 1926. Der Schlachthofverwalter Lindemann aus Gelnhausen hatte vor einigen Monaten in einem Brief an den „Reichsverband praktischer Tierärzte“ behauptet, daß „ein von dem Metzgermeister Reis daselbst zum Schächten gefesselt niedergelegtes Jungrind nach dem von dem Lehrer Marx der israelitischen Gemeinde vorgenommenen Schächtschnitt drei Minuten lang ausgiebig blutete, plötzlich zum Entsetzen aller Anwesenden seine Fesseln zerriß, sich erhob, in den Schweineschlachtraum lief, wo es einen Ausweg vermutete, dann Kehrt machte und in normalem Schritte auf die Ausgangstür zuging, bis es dem Metzgermeister Reis gelang, durch starkes Ziehen am Schwanz das Tier zu Fall zu bringen.

Diese Behauptung, die in einem Aufsatz des Präsidenten des Reichsverbandes praktischer Tierärzte über die Schächtfrage in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ erschien und dann in sämtlichen tierärztlichen Fachzeitschriften die Runde durch ganz Deutschland machte, veranlaßte Marx und Reis zu einer Berichtigung, und da der Schlachthofverwalter Lindemann an der Richtigkeit seiner Schilderung festhielt, zu einer öffentlichen Erklärung im „Gelnhäuser Tageblatt“, in der die Behauptung als bewußte Verleumdung bezeichnet wurde.

Auf Antrag Lindemanns erhob die Staatsanwaltschaft in Hanau gegen Marx und Reis Klage wegen Verleumdung, der er sich als Nebenkläger anschloß. In der Verhandlung vor dem großen Schöffengericht Hanau bestritten die von Dr. Martin Marx (Frankfurt a. M.) verteidigten Angeklagten aufs energischste die Richtigkeit und Möglichkeit des geschilderten Vorfalls. Der Nebenkläger Lindemann, der auf Befragen zugeben mußte, daß er sich völkisch betätige, versuchte zwar in allen Einzelheiten seine ursprüngliche Schilderung aufrechtzuerhalten, das Gericht schenkte ihm aber trotz seiner Beeidigung nach dem Gang der Verhandlung keinen Glauben und sprach die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse und des Nebenklägers frei.

In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende besonders darauf hin, daß es auffallen müsse, daß der Nebenkläger keine weiteren Zeugen beibringen könne, obwohl er vom „Entsetzen aller Anwesenden“ gesprochen habe, und daß es auch nicht denkbar sei, daß bei dem so außergewöhnlichen Vorfall, wenn er sich wirklich ereignet hätte, die im Schlachthof anwesenden Metzger untätig zugesehen und den Vorfall selbst nicht besprochen hätten, zumal Lindemann unter Eid zugeben mußte, daß sich in seiner siebenjährigen Tätigkeit in Gelnhausen noch nie etwas Ähnliches zugetragen habe.

Der Landesverband Hessen-Nassau und Hessen des Central-Vereins hat sich — wie uns mitgeteilt wird — von Anfang an auf das energischste der Angelegenheit angenommen. Sobald die ersten Nachrichten von den Vorgängen in Gelnhausen auftauchten, hatte er mit allen beteiligten Stellen Fühlung genommen und die Angelegenheit zu einem erfreulichen Abschluß gebracht.

Das Urteil beweist die Haltlosigkeit des Beweismaterials, das die Schächtgegner für ihre Hetze aufzuweisen haben. Bisher haben sich alle Fälle, denen im einzelnen nachgegangen werden konnte, als ebensowenig stichhaltig wie der „Fall Gelnhausen“ erwiesen.

Eine Aktion des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zur Ansiedlung von Juden in Deutschland

Berlin, 21. Dezember. (JTA.) Die Hauptversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten hat beschlossen, eine großzügige Siedlungsaktion innerhalb des Bundes und des gesamten deutschen Judentums einzuleiten. Es soll ein Siedlungsfonds gebildet werden, aus dem heraus auf einem eigenen Gute, nach einem genau vorgezeichneten, von ersten Fachleuten geprüften Plan, geeignete jüdische Landwirte und Gärtner auf eigener Scholle mit Hilfe des Reichssiedlungsgesetzes angesiedelt werden sollen.

Die Aktion wird aufs sorgfältigste vorbereitet und nimmt im Rheinland mit vier großen Massenversammlungen ihren Anfang. In den Versammlungen werden nur Fachleute sprechen und Aufklärung über die Bedeutung der Berufsumschichtung für Judentum und Vaterland in die Massen tragen. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ist bei dieser Frage von ersten Sachverständigen beraten. Neben dem bekannten Sachverständigen für Siedlungsfragen Domänendirektor Dyk, arbeiten in einer besonderen Sachverständigenkommission Rittergutsbesitzer Mosse (Stangenhagen) und Rittergutsbesitzer Sandelowsky (Norgehnen), die sehr erfahrene landwirtschaftliche Sachverständige sind und das zur Frage stehende Problem bis ins einzelne durchstudiert haben. Auch Professor Franz Oppenheimer, der bekannte Frankfurter Nationalökonom und landwirtschaftliche Sachkenner, berät den Reichsbund bei dieser Aktion und wird aktiv in sie eingreifen.

In dem im Zusammenhang mit der Siedlungsaktion herausgegebenen Kommuniqué wird noch gesagt:

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten ist wie kein anderer Bund nach dem Lande orientiert. Dem Lande entstammt die Mehrzahl seiner Mitglieder, da ursprünglich das Land ja relativ eine weit größere Anzahl von Kriegsteilnehmern gestellt hat als die großen Städte. Ebenso umschließt er in seinen Reihen die Mehrzahl der jüdischen Landwirte. Es ist heute eine noch verhältnismäßig

geringe Zahl, aber alle sind mustergültige Landwirte, die sich der Verantwortung voll bewußt sind, die sie mit dem von ihnen bebauten Boden für das deutsche Judentum übernommen haben. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, dessen Mitglieder einst den deutschen Boden im Weltkrieg verteidigen geholfen haben, betont sein Recht auf diesen Boden gegenüber allen Versuchen, ihn vom Boden zu entfernen. Er glaubt sich wie kein anderer Bund geeignet, dieses Recht auf Grund der Blutsteuer, die er einst gezahlt hat, in Anspruch nehmen zu sollen.

Die Siedlungsaktion geht unter der Parole: „Zurück zur Scholle" vor sich. — In den ersten großen vier Versammlungen, die in Köln a. Rh., Düsseldorf, Barmen-Elberfeld und Essen stattfinden werden, wird sowohl Domänendirektor Dyk (Berlin) als auch Rittergutsbesitzer Sandelowsky (Norgehnen) das Wort ergreifen. Alle jüdischen Organisationen und Institutionen sind zu einer Diskussion über diese Frage, die eine Frage der Erhaltung des Judentums ist, eingeladen.

Minister Becker an die deutsche Studentenschaft — Gegen jede Koalition auf der Grundlage des Rassenprinzips

Berlin, 24. Dezember. (JTA.) Der preußische Kultusminister Dr. Becker hat an die Studentenschaften der preußischen Hochschulen einen Brief gerichtet, der zwar in freundschaftlich-versöhnlichem Tone gehalten ist, aber sonst keinen Zweifel darüber läßt, daß die Regierung eine Koalition mit den auf arisch-völkischer Grundlage organisierten deutschen Studentengruppen in Österreich und der Tschechoslowakei nicht anerkennen werde.

Die entscheidende Stelle in dem Schreiben lautet: „Die Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 läßt, wie auch der angeführte Landtagsbeschluß, sinngemäß eine doppelte Lösung der Koalitionsfrage zu, die großdeutsche und die reichsdeutsche. Mit der Studentenschaft halte ich die großdeutsche Lösung für die erwünschtere, aber es muß wirklich eine großdeutsche sein. Die zur Zeit bestehende ist nicht großdeutsch, sondern reichsdeutsch unter Hinzuziehung arischer Sondergruppen auslandsdeutscher Hochschulen, und bedeutet deshalb nicht eine Förderung, sondern geradezu eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens. Entweder findet also die Koalition der preußischen Studentenschaften mit auslandsdeutschen Studentenschaften so statt, daß alle auslandsdeutschen Studentengruppen und nicht nur wie bisher die arischen in die Koalition eintreten, oder aber die preußischen Studentenschaften koalieren nur mit reichsdeutschen Studentenschaften. Zwischen beiden Lösungen wird die Studentenschaft zu wählen haben."

Der Minister setzt auseinander, daß die Verleihung des Studentenrechtes, des Rechtes der Autonomie, der Zwangsbesteuerung usw. als selbstverständliche Pflicht die Anerkennung und die Achtung der Grundprinzipien des Staates voraussetzt, von dem das Recht der Autonomie herrührt. Er ruft die preußischen Studentenschaften auf, die Staatsregierung nicht in die Zwangslage zu bringen, die der Studentenschaft vom Staate selbst freiwillig und gern gewährten Sonderrechte wieder aufzuheben und weist auf den Ernst der Entscheidung hin. Der Minister sieht einer endgültigen Stellungnahme jeder einzelnen Studentenschaft durch die Hand des Rektors bis zum 1. März entgegen.

Die Bonner Studentenschaft gegen die völkische Verfassung

Berlin, 22. Dezember. (JTA.) „Berliner Tageblatt" meldet aus Köln, 21. Dezember: Die Bonner Studentenschaft hatte sich vor drei Jahren der Deutschen Studentenschaft unter der ausdrücklichen Bedingung angeschlossen, daß die Verfassungsfrage im Sinne des Staatsbürgertumsprinzips gelöst und antisemitische Tendenzen aus der Verfassung ausgeschaltet werden sollten. Obgleich der damalige Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft, Fritsch, die Erfüllung dieser Bedingung ausdrücklich zugesagt hatte, hat die Deutsche Studentenschaft bis heute keine Anstalten gemacht, das Versprechen ihres Vorsitzenden zu erfüllen. Die Bonner Studentenschaft hat darauf in ihrer letzten Sitzung mit 15 gegen 7 Stimmen beschlossen, dem § 1 der Verfassung der Bonner Studentenschaft eine eindeutige Formulierung zu geben, die eine endgültige Absage an die völkischen Rassenfanatiker bedeutet. Die neue Fassung lautet: § 1. Mitglied der Bonner Studentenschaft ist jeder immatrikulierte Studierende deutscher Staatsangehörigkeit. Die Studentenkammer richtete hierauf ein Telegramm an die Deutsche Studentenschaft in Berlin mit der Anfrage, warum das vom damaligen Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft am 17. Dezember 1923 gegebene Versprechen, die Verfassungsfrage betreffend, noch immer nicht eingelöst ist. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft wird ersucht, bis Sonnabend, den 18. Dezember, mittags 12 Uhr, Antwort zu geben. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat hierauf der Bonner Studentenkammer mitgeteilt, daß er ein solches ultimatives Telegramm überhaupt nicht beantworten werde. — Hierzu bemerkt das „Berliner Tageblatt":

Die neue Verfassung der Bonner Studentenschaft ähnelt der, die auch in Heidelberg gültig ist. Sie entspricht auch den Wünschen des Preußischen Landtags. So geschlossen steht also die Mehrheit der Studenten nicht hinter der völkischen Führung, wie diese glauben machen möchte. Das sollten diese einsehen und nachgeben, solange es Zeit ist.

Die Judenverfolgungen in Rumänien

Bukarest, 20. Dezember. (JTA.) Am Abend des 18. Dezember postierten sich einige Studentengruppen an verschiedenen Hauptverkehrsstellen von Bukarest, forderten die Passanten zur Ausweisleistung auf und mißhandelten die als Juden erkannten Passanten schwer. Mehrere jüdische Passanten wurden wie Wild durch die Straßen gehetzt. Bis spät in die Nacht hinein dauerte der Ter-

ror an, ohne daß ernste Mittel gegen die Studenten ergriffen worden sind.

Am 19. Dezember abends wiederholten sich die Ausschreitungen in den Straßen von Bukarest. Eine Gruppe von etwa 30 Studenten zog auch zum Bahnhof und mißhandelte alle in den Wartesälen und im Restaurant sich aufhaltenden Juden. Sie visitierten auch die auf dem Bahnsteig haltenden Züge und schlugen auf die jüdischen Reisenden los. Dabei ging auch eine Anzahl Coupéfenster in Trümmer. Mehrere nicht unbedenklich verletzte jüdische Passagiere mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Erst als vier mit Gendarmen besetzte Automobile herannahten, zogen die Studenten ab.

Jassy, 19. Dezember. (JTA.) In den letzten Tagen kamen mehrfach Überfälle cuzistischer Studenten auf jüdische Studenten und Passanten vor. Der Polizeipräfekt Korsescu ordnete an, daß mehrere Gendarmen-Patrouillen ständig die Straßen durchziehen.

Budapest, 22. Dezember. (JTA.) Aus mehreren Städten Siebenbürgens langen hier Nachrichten über schwerste Ausschreitungen der antisemitischen Studentenschaft gegen die jüdische Einwohnerschaft ein. In Klausenburg (Cluj) und in Großwardein (Oradea Mare) wütete die Studentenschaft gegen die jüdische Bevölkerung dieser Städte in der brutalsten Weise. Der Klausenburger jüdische Wohltätigkeitsverein veranstaltete eine Wohltätigkeitsfeier. Während der Festlichkeit drangen etwa 120 Studenten in den Saal ein und schlugen auf die anwesenden Festgäste los. Ein Teil der Gäste setzte sich zur Wehr. Es kam zu blutigsten Schlägereien. Die Polizei erwies sich als machtlos. Nach geraumer Zeit kam Militär herbei und drängte die Studenten aus dem Saal hinaus. 20 Gäste erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Von den studentischen Exzedenten wurden 25 verhaftet, aber nach Abnahme der Legitimation wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kundgebung palästinischer Juden vor dem rumänischen Konsulat in Jerusalem

Jerusalem, 19. Dezember. (JTA.) Gestern fand in Jerusalem eine große Kundgebung gegen die Judenverfolgungen in Rumänien statt. Nach Schluß der Kundgebung begaben sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge zum rumänischen Konsulat. Auf dem Wege stellte sich ihnen Polizei entgegen, die versuchte, den Zug aufzulösen. Dabei wurden sechs Personen verhaftet. Einer Gruppe von 300 Demonstranten gelang es aber, zum Konsulat vorzudringen. Es wurde aus der Mitte der Demonstranten eine Abordnung gewählt, die sich zum Konsul begab und diesen aufforderte, der rumänischen Regierung über den Protest der palästinischen Judenschaft gegen die Judenverfolgungen in Rumänien Mitteilung zu machen.

Der Konsul sprach der Abordnung gegenüber sein Bedauern über die Ausschreitungen gegen die Judenschaft seines Landes aus und sagte, die Juden hätten Schulter an Schulter mit allen Bürgern Rumäniens für Rumänien gekämpft und geblutet, sie hätten darum Anspruch, die gleichen Rechte zu genießen, wie alle anderen Bürger Rumäniens. Er sei sicher, daß die Regierung der Unruhen Herr werden würde.

Henry Ford lehnt Nathan Straus' Aufforderung, seine Anwürfe durch eine unparteiische Kommission prüfen zu lassen, ab

Neuyork, 15. Dezember. (JTA.) Der hervorragende jüdische Philantrop Nathan Straus hat am 22. November in der Versammlung der Funktionäre der United Palestine Campaign zu Boston, von der öffentlichen Tribüne herab an Henry Ford die Aufforderung gerichtet, zuzustimmen, daß Fords Anschuldigungen gegen das Judentum von einem eigens zu diesem Zwecke eingesetzten unparteiischen Zehnerkomitee prominenter Amerikaner geprüft werden sollen. Hierbei führte Nathan Straus noch aus: Die Rockefellers, Vater und Sohn, widmen ihre Millionen dem Wohle der Menschheit, der Förderung von Wissenschaft und Zivilisation, wogegen ein Mann wie Henry Ford, einer der reichsten unter den Goldkönigen der Welt, sein Geld dazu verwendet, um einen Verleumdungsfeldzug gegen das jüdische Volk zu stützen und selbst bösartige Lügen über die Juden verbreitet, wodurch Haß, Verwirrung und Unheil besonders in Europa erregt werden. Er gibt vor, ein guter Christ zu sein, aber er hat die Lehren Christi verletzt. Der Reichtum der Rockefellers ist ein Segen für Amerika und die übrige Welt, während von dem Gelde Henry Fords ein Fluch ausgeht; es wirkt destruktiv in Amerika und in der übrigen Welt, weil es Haß verbreitet und überall den Frieden stört. Mögen 10 Männer von tadelloser Gesinnung, Geistliche wie Laien, die Anwürfe von Ford untersuchen, wobei Ford überlassen bleiben soll, acht dieser Männer selbst auszuwählen, während ich nur zwei hervorragende Christen, erprobte Männer, namhaft machen werde.

Henry Ford hat nun erklären lassen, daß er Nathan Straus' Aufforderung nicht annehme; er wolle sein Material nicht einem unparteiischen Komitee zur Prüfung überlassen.

Henry Fords antisemitische Hetztätigkeit vor dem amerikanischen Kongreß

Washington, 16. Dezember. (JTA.) In der heutigen Sitzung des Kongresses der Vereinigten Staaten brachte das jüdische Kongreßmitglied Bloom eine Resolution ein, in welcher die Einsetzung eines unparteiischen Komitees seitens des Kongresses zwecks Untersuchung der vom Automobilkönig Henry Ford erhobenen Beschuldigungen gegen die Judenschaft und jüdische Persönlichkeiten Amerikas vorgesehen ist. In der Resolution wird insbesondere auf Fords Beschuldigungen bezüglich der neuen Methoden im Geld- und Banksystem der Vereinigten Staaten hingewiesen, das laut Ford von Juden erdacht worden ist, um die amerikanische Wirtschaft in jüdische Abhängigkeit zu bringen.

Die Resolution Bloom wurde einer Kommission des Kongresses überwiesen, die demnächst darüber Bericht erstatten wird.

Der Umsturz in Litauen und die Juden

Kowno, 19. Dezember. (JTA.) Der vom Militär herbeigeführte Umsturz in Litauen hat anfänglich unter der jüdischen Bevölkerung schwere Besorgnis hervorgerufen. Es trat aber allmählich eine gewisse ruhigere Beurteilung der Lage ein,

als Prof. Waldemaras, der als Freund der Juden bekannt ist, auf Verlangen der Militärs sich an die Spitze der neuen Regierung gestellt hat. In jüdischen Arbeiterkreisen aber gibt man sich nach wie vor der Furcht hin, daß das neue Regime gegen die Arbeiterschaft strenge vorgehen wird. Es fanden in den Wohnungen jüdischer Arbeiter zahlreiche Haussuchungen statt. Litauische wie jüdische Arbeiter wurden unter dem Verdacht der kommunistischen Betätigung in Haft genommen. Es wurden auch bekannte antikommunistische Sozialisten, wie z. B. der Führer des „Bund", Dr. Epstein, verhaftet; ebenso die jüdische Lehrerin Jelena Chazkeles.

Die jüdische Fraktion des litauischen Sejm hat zu den Ereignissen noch nicht Stellung genommen. Der im Sejm stattgefundenen Wahl von Smetona zum Präsidenten der Republik, bei der von 85 Abgeordneten 42 anwesend waren, wohnte von der jüdischen Fraktion nur deren Präsident Dr. Robinson bei.

Sir Herbert Samuel tritt in die aktive Politik ein

London, 18. Dezember. (JTA.) Sir Herbert Samuel, der frühere Oberkommissar für Palästina, hat sich entschlossen, in das aktive politische Leben zurückzukehren. Wie in politischen Kreisen erklärt wird, wird er bei der nächsten Gelegenheit für das Unterhaus kandidieren. Sir Herbert Samuel ist zum Nachfolger des Herrn Vivian Phillips als Präsident der Liberalen Partei ausersehen.

Die erste hebräische Oper preisgekrönt

Berlin, 21. Dezember. (JTA.) Wie uns vom Juwal-Verlag, Berlin, mitgeteilt wird, ist gelegentlich eines in Neuyork stattgefundenen internationalen Wettbewerbs, an dem mehr als 140 Komponisten sich beteiligten, die Oper „An evening in Palestine" von Prof. Weinberg in Jerusalem mit dem ersten Preis von 1000 Dollar bedacht worden. Es ist dies die erste hebräische Oper. Das Werk wird demnächst im Juwal-Verlag erscheinen.

Die Palästina-Anleihe vor dem britischen Oberhaus

London, 15. Dezember. (JTA.) Das britische Oberhaus hat heute die Palästina-Anleihe-Bill endgültig verabschiedet. Während der zweiten Lesung entspann sich eine Debatte, in deren Verlauf der Berichterstatter Graf Clarendon mitteilte, daß der Plan der Ausgestaltung der unzulänglichen Hafenanlagen von Jaffa auch im Stadium der Erörterung und noch nicht angenommen ist. Die gegenwärtig in Jaffa vorgenommenen Hafenverbesserungen haben einzig den Zweck, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Eure Lordschaften, setzte der Redner fort, haben gewiß Verständnis für den Wunsch, unseren Kredit der Entwicklung der Hilfsquellen des British Empire nutzbar zu machen. Es ist unsere Pflicht, den Mandatsterritorien ebenso zu helfen, wie wir unseren Kolonien geholfen haben. Wenn sie auch dem Wortsinne nach nicht Teile des britischen Reiches sind, so dürfen wir sie dennoch nicht in eine schlechte Lage bringen. Der Staatssekretär für die Kolonien hat im Unterhaus die Versicherung abgegeben, daß der Anleiheertrag nur zu notwendigen Arbeiten verwendet werden wird. Wir werden uns keineswegs in ein riskantes Unternehmen einlassen, aus dem dem britischen Steuerzahler Verluste erwachsen und ihn zu einem Schuldner machen würde. Die von der britischen Regierung garantierten Anleihen sind durch die Einkünfte der betreffenden Länder (der Berichterstatter sprach auch von den ostafrikanischen Anleihen) vollständig gedeckt.

Lord Arnold, der in der Arbeiterregierung Unterstaatssekretär für die Kolonien gewesen war, erklärte im Namen der Arbeiterpartei, diese wolle der Anleihe zustimmen. Die Zionistische Bewegung genießt die warme Zustimmung und Unterstützung der Arbeiterpartei, die sich der großen Fortschritte des neuen Palästina freut. Für den Grafen Balfour, dessen Rolle in der Entwicklung des neuen Palästina von Beginn an von geschichtlicher Bedeutung ist, muß diese Wendung sehr erfreulich sein. Die finanzielle Lage Palästinas habe sich in den letzten drei oder vier Jahren in ungewöhnlicher Weise verbessert, so daß der Überschuß jetzt 700 000 Pfund beträgt. Bezüglich der Löhne in Verbindung mit dem Hafenbau in Haifa wurde im Unterhaus die Sicherung anständiger Löhne und Arbeitsbedingungen angeregt, und der Staatssekretär hat Sicherungen gegeben, daß die Löhne jedenfalls nicht so niedrig sein werden, daß weiße Arbeiter sie nicht akzeptieren können. Der Kolonialminister hat auch sonst Garantien für anständige und nicht versklavende Arbeitsbedingungen gegeben.

Graf Buxton sagte, die Anleihe-Bill könne alle befriedigen.

Große Ameliorationsarbeiten des KKL in der oberen Kischon-Ebene

Jerusalem, 15. Dezember 1926. (P.C.) Der KKL hat die Vornahme der Ameliorationsarbeiten in Angriff genommen, die auf seinen Böden in der oberen Kischon-Ebene erforderlich sind. Es handelt sich um die Böden von Kneifes, Jebatta, Vrakany, Tel-Tora und Tel-Schamam, rund 43 000 Dunam am Oberlauf des Kischon südlich und südöstlich von Nahalal. Die Arbeiten dürften etwa 80—100 Arbeiter etwa 8 Monate lang beschäftigen. Sie erreichen einen Gesamtwert von rund 14 500 LE; davon 7000 LE für Materialien und 5000 LE für Arbeiten und den Rest für Ausarbeitung der Pläne und Kostenvorschläge, technische Beaufsichtigung, provisorische Anlagen zum Schutze der Gesundheit der beschäftigten Arbeiter usw.

Die Arbeiten werden nach einem neuen System durchgeführt. Die Regulierung des oberen Kischonbettes wird durch Ansammlung des überschüssigen Wassers in Sammelbecken erzielt, aus denen das Wasser durch Syphonleitungen abgeleitet und zum größten Teil für den Bedarf der umliegenden Wirtschaften verwendet werden wird. Für die Vergebung der Arbeit wurde eine Ausschreibung unter einer beschränkten Anzahl qualifizierter Unternehmer durchgeführt. Den Zuschlag erhielt der Solel-Boneh, dessen Offert mit 4870 LE das günstigste war.

Die Freilegung der Jerusalemer dritten Mauer beendet

Jerusalem, 18. Dezember. (JTA.) Die von der Hebräischen Universität und der jüdisch-palästinischen Forschungsgesellschaft unternommene Freilegung der historischen dritten Mauer von Jerusalem, die unter der Leitung von Dr. Sukenik vor sich ging, ist nun zu Ende geführt worden. Dabei wurde eine Fortsetzung der dritten Mauer gegen Süden entdeckt. Zwischen zwei Türmen gegenüber dem Grabe der Königin Helena ist ein Tor-

weg freigelegt worden. Das Tor wird von Josephus in seiner „Geschichte des jüdischen und römischen Krieges" erwähnt.

Von der jüdischen National- und Universitätsbibliotek

Auf Ansuchen der Leitung der Bibliothek hat die beim Völkerbund bestehende Kommission für Veröffentlichungen beschlossen, der Bibliothek von jetzt ab von sämtlichen Veröffentlichungen des Völkerbundes ein Exemplar zuzusenden. Bekanntlich ist die Zahl der vom Völkerbund herausgegebenen Publikationen sehr groß und die Veröffentlichungen haben großes politisches Interesse.

Der im August 1925 in Sichron Jakob verstorbene Herr Michael Lange hat testamentarisch der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek den Betrag von 1000 £ hinterlassen. Dieser Betrag ist nunmehr durch das Hauptbüro des Keren Hajessod an die Universität überwiesen worden. Die Leitung der Universität hat beschlossen, den Betrag als Michael-Lange-Fonds für das Binden der Bücher der Bibliothek zu benützen und damit ein langgehegtes dringendes Bedürfnis wenigstens teilweise zu befriedigen. Die Bibliothek konnte wegen ihres rapiden Wachstums — während des letzten Jahres allein sind mehr als 30 000 neue Bücher katalogisiert und aufgestellt worden — nur einen kleinen Teil der einlaufenden Bücher binden und dem Publikum zur Verfügung stellen. Ein großer Teil der in der Bibliothek heute befindlichen 130 000 vol. ist ungebunden. Das hochherzige Testament Michael Langes wird es ermöglichen, etwa 15 000 zu binden.

Durch diese Verwendung des Michhael-Lange-Fonds wird auch erzielt, daß fast der gesamte Betrag für Arbeitslöhne im Lande ausgegeben wird, was bei der gegenwärtig im Lande herrschenden Geldknappheit von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Das Endergebnis der Stadtratwahlen von Tel-Awiw

Jerusalem, 10. Dezember (JTA.). Bei den Wahlen zum Stadtrat von Tel-Awiw haben 7500 Wähler gestimmt. Die Hausbesitzer, die etwa 2000 Wähler zählen würden, enthielten sich der Abstimmung.

Der neue Stadtrat besteht aus 14 Arbeitervertretern, 7 Vertretern des Vereins der Juden aus Polen, 5 Zionisten-Revisionisten, 4 Orthodoxen, 4 Vertretern des Zentrums, 3 Vertretern der Mieterorganisation und 2 Poale Zionisten.

Konstituierung der Völkerbundliga in Palästina

Jerusalem, 28. November (JTA.) Das Jerusalemer Komitee der Völkerbundliga hat sich soeben konstituiert und M. M. Ussischkin zum Präsidenten, Richter Frumkin und S. Schwartz zu Vizepräsidenten, Dr. M. Dukhan zum Schatzmeister und Advokat Freidenberg zum Sekretär gewählt. In Haifa wird demnächst eine Völkerbundliga gegründet.

12 000 Touristen werden in Palästina erwartet

Jerusalem, 8. Dezember. (JTA.) Nach Mitteilungen, die von auswärts eingelangt sind, wird erwartet, daß in der kommenden Touristensaison ungefähr 12 000 Touristen, meist aus Amerika, Palästina besuchen werden. Das Touristen-Büro der Zionistischen Organisation teilt mit, daß die Vorbereitungen zum Touristenempfang beendet sind. In Kantara, Haifa und Tel-Awiw werden Vertreter des Büros die Touristen empfangen und sie über die Touren usw. belehren. Das Jerusalemer Hauptbüro hat verschiedenartige Touren, die das gesamte Land berücksichtigen, ausgearbeitet.

Gesetzmäßige Sabbatruhe in Tel-Awiw

Jerusalem, den 8. Dezember 1926. (P.C.) Eine vom High Commissioner bestätigte Verfügung macht es allen jüdischen Geschäften zur Pflicht, am Sabbat geschlossen zu halten, mit Ausnahme der Cafés und Restaurants, die zu gewissen Stunden am Freitag abend und Sabbat geöffnet sein dürfen. Mohammedaner und christliche Besitzer solcher Stellen werden von der Verordnung nicht betroffen.

Feuilleton

Aus der Welt der Chassidim

Von Chajim Bloch

Der Knecht

An einem Neujahrstag, da Rabbi Lewi Jizchak die Hymne „Zu dem Allmächtigen der Gerichte anordnet" anstimmte und zu dem Satze „Der seine Diener erkauft beim Gerichte" kam, hielt er plötzlich inne und wartete lange. Die Chassidim blickten in das Antlitz des Rabbi; es leuchtete wie Feuer. Erst nach einer Stunde wendete er sein Antlitz zur Gemeinde und sprach: „Es war euch verwunderlich, daß ich den Abschnitt unterbrach. Ich will euch die Sache erzählen. Als ich die Hymne anhub, stellte sich mir ein Heer von bösen Engeln, Anklägern und Verderbern entgegen und sie ließen den Abschnitt in die Halle der Melodien nicht aufsteigen. Wie sie mich erblickten, riefen sie entsetzt: ‚Lewi Jizchak, der Fürsprecher der Juden, will hinein!' und schlossen rasch die Tore der Halle. Doch ich fand ein Hintertürchen und stieg auf. Ich schritt der Halle des Gerichtes zu, wo über Leben und Geschick aller Menschen und jeder Kreatur entschieden wird. Der Allmächtige selber saß obenan, hörte den Urteilssprüchen seines Gerichtshofes zu und große Scharen der ‚Boten des Dienstes' waren zu seinem Befehle bereit. In seiner Rechten hielt er den Stab der Gnade, in der Linken eine Rute. Der Satan, der böse Verführer und Ankläger, trat hervor; er wolle seine Aufgabe erfüllen, Israel anklagen. Und er führte Klage: ‚Hoher himmlischer Gerichtshof! Der Prophet Jesaja sagte: ‚Israel, die sündige Nation, das schuldbeladene Volk, die Brut von Übeltätern, die verdorbenen Kinder, vergessen haben sie den Ewigen, verworfen den Heiligen, sie wichen zurück.' Ich unterbrach ihn und rief: ‚Böser Verführer, was willst du von dem Volk Israel?' Ich trat vor und sprach: ‚Hoher Gerichtshof! Der Satan hat den Satz falsch und lügenhaft gedeutet, denn der Prophet Jesaja meinte so: Israel ist eine heilige Nation, der Sünde scheu; ein Volk, dem es schwer fällt, ein Sünde zu tun, eine Schar von Wohltätern, Kinder, die den bösen

Trieb bekämpfen und wenn sie auch manchmal den Ewigen vergasen, den Heiligen verwarfen — sie weichen zurück und tun große Buße.' Darauf befahl der Gerichtshof: ‚Man lege die guten Werke und die Missetaten des Volkes Israel auf die Wagschale.' Zwei Engel brachten den Befehl zur Ausführung. Zu meinem Entsetzen waren die Missetaten eine riesige Menge, die guten Werke aber ein kleines Häuflein. Was konnte ich tun? Ich stellte mich hin und stahl nach und nach von den Missetaten und legte sie zu den guten Werken; die Missetaten wurden nun ein kleines Häuflein, die guten Werke hingegen eine große Menge. Als der Satan dies bemerkte, schrie er entsetzt auf und rief mit zornbebender Stimme: ‚Seht, was Lewi Jizchak getan hat! Man suchte nach und man fand seine Beschuldigung wahr. Der Satan klagte mich nun des Diebstahls an und verlangte, daß man mich ihm übergeben soll; ich gehöre ihm, behauptete er, und er habe das Recht, mit mir nach seinem Belieben zu verfahren. Da ging ein Brausen durch alle Welten und Himmel und alle Zaddikim eilten herbei; die Erzväter, unser Lehrer Mose, der Baalschem und all die Engel der Gnade riefen stürmisch: ‚Lewi Jizchak, der Fürsprecher des Volkes Israel, darf nicht in die Hände des Satans geraten.' Die Sache kam vor den Allgerechten selber. Der himmlische Ankläger forderte meine Bestrafung. ‚Man darf im Rechte keine Partei nehmen', behauptete er, ‚Lewi Jizchak hat die Schuld des Diebstahls auf sich geladen, er soll daher von Rechts wegen bezahlen oder verkauft werden und der Satan kann sich ihn für den Kaufpreis zum Knechte machen."

Da erhob sich der Allmächtige selber und sprach: ‚Gewiß hat der Gerichtshof recht: Lewi Jizchak, mein treuer Diener, hat sich Israels annehmen wollen und beging einen Diebstahl, er soll daher, wie es im Buche des Gesetzes geschrieben steht, für seinen Diebstahl bezahlen, und wenn er kein Geld hat, verkauft werden. Nun aber ist auch der Satan mein Knecht, und es ist doch entschieden worden, daß das Eigentum des Knechtes Eigentum des Herrn ist. Somit gehört Lewi Jizchak mir. Ich aber schenke ihn wieder dem Volke Israel."

Und nun sprach der Rabbi mit großer Innigkeit und süßer Melodie den Satz: „Der seine Diener beim Gerichte erkauft!" und setzte das feierliche Loblied fort.

Der Streit mit Gott

Einige Tage vor Roschhaschanah kam ein Mann zu Rabbi Lewi Jizchak, weinte jämmerlich und klagte, er habe sein Vermögen verloren, habe bereits alles verkauft, was er seit vielen Jahren durch schwere Arbeit und Mühsal erworben hätte und sei nun der härtesten Not preisgegeben. Und aus der Bitterkeit seines Herzens rief er: „Rabbi, von wo wird nun meine Hilfe kommen?"

Rabbi Lewi Jizchak sprach: „Komme am Roschhaschanah in mein Bethaus, und wenn ich beim Schofarblasen stehen werde, dann bringe deine Klage nochmals vor."

Es geschah; der Mann kam zur bestimmten Stunde und trug seine Klage vor.

Rabbi Lewi Jizchak, von dem man weiß, daß er in seinen Forderungen an Gott gar nicht bescheiden war und zuweilen mit Gott eine derbe und kühne Sprache führte, sprach darauf: „Herr der Welt! Du sagtest: ‚Mein ist das Silber und das Gold.' Und als du um das Volk Israel warbest und mit ihm einen Ehebund schließen wolltest, glaubte es dir, und es hoffte, du wirst deiner Angetrauten und ihren Kindern Geld und Geschmeide geben, wie es zwischen Gemahl und Gefährtin Gepflogenheit ist. Das Volk ging mit dir den Bund ein; du machtest das jüdische Volk, die Gemeinschaft Israels zu deiner Gemahlin, wie es in der Schrift heißt: ‚Und ich traute dich mir für ewig an!' Und nun frage ich dich: Wie erfüllst du denn deine Gemahlpflicht? Warum gibst du deinen Kindern nicht ihren Bedarf? Wo ist das Silber und das Gold, das du dein nanntest? Willst du aber deine Zusage nicht erfüllen, mit welchem Rechte forderst du von deinem Volke Israel, daß es dir Treue bewahren soll?"

Sprach's, atmete schwer, wie nach einem Ringkampfe, und verharrte eine lange Weile in tiefem Schweigen. Dann aber wandte er sein Antlitz dem verzweifelten Mann zu und sprach: „Gott wird seine Pflichten erfüllen, besinne aber auch du dich, deine Treue zu bewahren und nach Gottes Wort zu handeln."

Und nun stimmte er den Psalm an.

Personalia

Unserem Mitarbeiter Herrn Rechtsanwalt Dr. Eli Straus ist der Justizratstitel verliehen worden. Die Schriftleitung des „Jüd. Echos" gratuliert ihm herzlichst zu dieser Auszeichnung.

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München

Die Leitung der jüdischen Lehrkurse veröffentlicht im folgenden ihr Programm für das Frühjahr 1927. Wie dieses Programm zeigt, bemüht sich die Leitung, vielseitigen Wünschen und Anregungen stattzugeben, und hofft dadurch, den Kreis der Interessenten, der sich bereits im vergangenen Spätherbst erfreulich erweitert hat, wiederum weiter zu ziehen.

I. Oberkantor Magnus Davidsohn, Berlin: Die Geschichte der Juden in Dichtung und Lied. Vortrag und Konzert.
Mittwoch, 19. Januar 1927, abends 8.15 Uhr, im Herkulessaal der Residenz (Eingang Residenzstraße). Eintrittspreise: M. 1.20 num. Sitzplatz, M. —.80 Sitzplatz, M. —.40 Stehplatz.

II. Dr. Martin Buber, Heppenheim (Bergstraße): Der heutige Mensch und die Bibel. 12., 13. und 14. Februar 1927, abends 8.15 Uhr, im Herkulessaal der Residenz (Eingang Residenzstraße). Eintrittspreise: M. 3.—, 2.— und 1.— für alle drei Abende zusammen.
Samstag, 1. Abend: Die Wahrheit der Bibel.
Sonntag, 2. Abend: Der heutige Mensch und die Schöpfungsgeschichte.
Montag, 3. Abend: Der heutige Mensch und der Offenbarungsbericht.

III. Dr. Willy Meyer, Nürnberg: Die Juden im mittelalterlichen Spanien. Geschichte ihrer Kultur und Literatur.
Jeden Dienstag 8.15 bis 9.30 Uhr im Saal der Gemeindekollegien, Herzog-Max-Straße 7/0. Beginn am 8. März 1927. Eintrittspreis: M. 2.50 für den Kurs, Jugendliche die Hälfte.
1. Abend, 8. März 1927: Schicksale der spanischen Juden bis zur Glanzzeit. Samuel ha'Nagid.
2. Abend, 15. März: Ibn Gabriol.
3. Abend, 22. März: Jehuda ha'Levi.

4. Abend, 29. März: Moses ben Maimon. Seine Anregungen und Kämpfe.
5. Abend: 5. April: Das Ende der Juden in Spanien.

IV. Soziale Arbeitsgemeinschaft: Die soziale Diagnose. Leitung: Dr. med. et phil. Eliasberg.
7. Abend, Dienstag, 11. Januar 1927: 6.30 bis 8 Uhr im Bibliotheksaal: Fortsetzung der Aussprache.

V. Historische Arbeitsgemeinschaft: Das neue Testament und seine Beziehungen zum Judentum. Leitung: Dr. Ludwig Feuchtwanger.
4. Abend, Montag, 17. Januar 1927: Dr. L. Feuchtwanger: Paulus und die Entstehung der christl. Glaubenslehre.
5. Abend, Mittwoch, 2. Februar: Dr. Elias Straus: Christus und Christentum in Talmud und Midrasch.
6. Abend, Mittwoch, 2. März: Dr. L. Feuchtwanger: Johannis-Evangelium und Apokalypse.
Alle drei Abende im Bibliotheksaal 8.15 bis 10 Uhr.

VI. Pädagogische Arbeitsgemeinschaft: Das Kind in den ersten vier Schuljahren. Leitung: Adolf Schaalmann.
6. Abend, Mittwoch, 9. März 1927: 8.15 bis 10 Uhr im Bibliotheksaal: Der Übergang in die höhere Schule.
Weitere Abende über die Entwicklung des Arbeitsunterrichts in der Volksschule und über die Münchener Versuchsschule sind in Aussicht genommen.

Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe München e. V.

Rückkehr zur Landwirtschaft

Die Berufsumschichtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland nach der Seite des Handwerks hin, besonders aber der Bearbeitung der heimatlichen Scholle, ist ein Problem, das für die Existenz der deutschen Judenheit große Bedeutung hat. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat im Verlauf seiner Abwehrtätigkeit dieser Frage nicht nur für die eigenen Kameraden, sondern auch für die gesamte jüdische Bevölkerung, besonders aber für die Nachkommen gefallener Kameraden seine Aufmerksamkeit gewidmet. Die Ortsgruppe München dieses Bundes beabsichtigt nun, am Donnerstag, dem 20. Januar 1927, die Pläne der Bundesleitung der jüdischen Öffentlichkeit Münchens vorzulegen. Einer der berufensten Vertreter, Herr Gutsbesitzer A. Sandelowsky, der in Ostpreußen ein weit bekanntes Mustergut in eigener Verwaltung führt, wird dem Abend die Note geben. Sein Vortrag, der in vielen Ortsgruppen des Frontbundes schon durch die fesselnde Darbietung allseits großen Beifall gefunden hat, sichert den Besuchern des Abends Gewinn und Anregung.

Vortrag Dr. S. Ehrmann

Herr Dr. Ehrmann, durch seinen früheren Aufenthalt in München als Redner bekannt, derzeit Leiter in der Palästinazentrale der Aguda, spricht am kommenden Montag im Bibliotheksaal der Kultusgemeinde über das Thema: Agudas Jisroel und Erez Jisroel. Dr. Ehrmann hat in den letzten Jahren wiederholt Palästina besucht und hat über seine Eindrücke im In- und Ausland, zuletzt in Jugoslawien, Rumänien und der Schweiz, unter großem Beifall Vorträge gehalten.

Bar-Kochba. Das Turnen beginnt Montag, den 10. Januar 1927. Es turnen Mädchen Montag von 6—7 Uhr, Damen I Montag von 7—8 Uhr, Damen II Montag von 8—9 Uhr. Knaben Dienstag von 6 bis halb 8 Uhr. Herren von halb 8—9 Uhr.

Bar-Kochba, Skiabteilung. Sonntag, den 2. Jan. 1927, Skitour für Anfänger und Fortgeschrittene. Treffpunkt 6,45 Uhr Holzkirchner Bahnhof (unter der Uhr). — Donnerstag, den 6. Januar, findet auch eine Tour statt. Näheres wird am Sonntag bekanntgegeben. Auskunft erteilt Erwin Goldfarb, Weinstraße 14, Tel. 21552. Die Leitung.

Nürnberg. Zugunsten des Keren Kajemeth (Jüdischer Nationalfonds), der sich den Erwerb von Grund und Boden in Palästina zum Ziel gesetzt hat, findet anläßlich seines 25jährigen Bestehens am Mittwoch, dem 5. Januar 1927, ein Konzert statt, das besondere Beachtung deshalb verdient, weil in erster Linie junge jüdische, bisher der breiteren Öffentlichkeit noch nicht bekannte Nürnberger Künstler mitwirken werden. Zur Aufführung gelangen Werke von Beethoven, Reger, Niemann, Brahms, Wolf und Mendelssohn. Mitwirkende sind: Carry Dittmann (Gesang), Fanny Sommerhäuser (Violine), Richard Bing (Klavier), Ludwig Grünbaum (Klavier), Karl Ochsenkiel (Cello), Franz Reizenstein (Klavier). Vorverkauf findet statt: Buchladen Ida Dormitzer, Luitpoldstr. 13; Buchhandlung Schrag, Königstr. 15; in Fürth: Buchhandlung Rosenberg, Schwabacher Straße 30; außerdem Karten an der Abendkasse.

Spenden-Ausweis

Münchener Spendenausweis Nr. 8
vom 14. Dezember bis 28. Dezember 1926

Allgemeine Spenden. Schl. Monheit kondoliert Fam. Davidson 1.—.

Büchsen. S. Goldscheider 6.10, M. Brym 5.13, Th. Joel 5.14 = 16.37.

Jubiläumsaktion, a) Hausammlung. Gesammelt durch Max Feder: S. Goldscheider 1.—, M. Alster 1.—, N. Kurmantel 5.—, Pistiner 1.—, Frau Oberin M. Feuchtwang 3.—, M. Fett 5.—, T. Sufrin 5.—, H. Karp 5.—, S. Gerson 3.—, L. Mannheimer 5.—, M. Blank 1.—, Hans Machol 5.—, J. & J. Guggenheim 10.—, Dr. J. Siegel 20.—, Dr. E. Wilmersdörfer 10.—, Emil Amany 25.—, B. Feder 3.—, S. Loew 2.—, Lina Strumpf 1.50, E. Hirsch 3.—, Geh. Rat Dr. Frankenburger 10.—, Siegfried Frank 25.—, L. Lichtenauer 10.—, Dr. Bilsky 10.—, Frau Bloch 5.—, Theo Friedmann 5.—, M. Fleischer 1.—, S. Rosengart 2.—, F. Haymann 1.—, E. Schindler 1.—, Kulakowsky 2.50, Pumpian 1.— = 188.—; gesammelt durch Th. Joel: K. F. 5.—, N. N. 3.—, N. N. 1.—, Leo Stern 2.— = 11.—; gesammelt durch H. Fröhlich: J. Cheikowsky 3.—, W. Rapaport 1.—, J. Jacobowski 1.—, N. N. 1.—, Friediger 5.— = 11.—; gesammelt durch Alfred Goldstern: J. Wallach 10.—, Silbermann 1.—, N. N. 5.— = 16.—.

Jubiläumsaktion, b) Blocks. Durch Sch.: Dr. Rudolf Wassermann 5.—, Ernst Jochsberger 5.—, Dr. Schäler 5.—, O. Oppenheimer 30.— = 45.—; durch A. Himmelreich: Modehaus Bledy 5.—, Alfred Bernheim 5.— = 10.—; durch Dr. B. Weiß: Komm.-Rat J. Bach 20.—, Ella Neumann 10.—, Albert Bach 10.—, Marianne Mayer 5.—, Dr. B. Weiß 5.— = 50.—; durch Frl. Dora

Fraenkel: Gustav Sachs 10.—, Max Jeidel 5.—, E. Droller 5.— = 20.—; durch Paul Grünbaum: Bernhard Schild und Bruder 10.—; durch Justizrat Dr. E. Fraenkel: Dr. Gottfried Frankel 5.—, Salomon Kohn 5.—, H. Auerbach 7.—, Dr. E. Fraenkel 8.— = 25.—; durch Dr. Robert Beer: Dr. R. Beer 10.—, Frau Eugen Beer 5.—, Leopold Kahn 5.— = 20.—; durch Albert Kupfer: Eugen Reichner 5.—, Harry Sternberger 10.—, Benno Friedmann 5.—, Julius Fränkel 5.—, Albert Kupfer 5.— = 30.—.

Jubiläumsaktion, c) einzelne Spenden. Theodor Feuchtwanger 25.—, Dr. Erich und Ernst Feuchtwanger 25.— = 50.—.

Summe M. 503.37.

Gesamtsumme seit 1.10.1926 M. 2604.14.

Gesamtausschuß der Ostjuden, München. Herr und Frau Kurzmantel gratulieren zur Bar Mizwah Helfer und Hochzeit Holzapfel M. 5.—.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 24. Dezember 1926.

Büchsen. Arndt 1.63.

Jubiläumsaktion. Durch Herrn Jakob Adler: Hermann Polatschek, Jul. Heinsfurter, Bernh. Leitner, Th. Pappenheimer, N. Langstadt, Jakob Adler je 5.—, Unleserlich 3.— = 33.—; durch Herrn Moses Sackie: Neuburger & Sackie, Carl Neuburger je 10.—, Jul. Badmann, G. Gröschel je 5.— = 30.—; durch Herrn Mendel Nußbaum: Fa. S. J. Dispecker, Weickersheimer & Co., Oberndorfer & Bamberger je 25.—, Anton Schulhöfer, Mendel Nußbaum je 5.— = 85.—; N.N., N.N., N.N., N.N. durch Frau Dr. Thalmann 20.—; durch Max Kandel von Rudolf Heller 10.—; Dr. Adolf Veith 25.—, A. Reif 5.—; durch Albert Salzer Herr Max Salzer 5.—.

Summa M. 214.63.

Seit 1. Oktober 1926 aufgebracht M. 11 635.07.

MINA GUTTER
JOSEF BIENENFELD
Verlobte
München Leipzig
Empfang: Samstag, den 1. Januar

Luise Bober
Edmund Raber
Verlobte
München Dezember 1926 Wien

Der Synagogenverein Beth Jakob gratuliert Herrn Gutter zur Verlobung seiner Tochter

Voranzeige

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München

Herkulessaal der Residenz (Eingang Residenzstraße)
Mittwoch, 19. Januar 1927, abends 8¹⁵ Uhr,
Oberkantor Magnus Davidsohn, Berlin

„Die Geschichte der Juden in Dichtung und Lied“
Vortrag und Konzert

Eintrittspreise: M. 1.20 num. Sitzplatz. M. —.80 Sitzplatz. M. —.40 Stehplatz

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten Ortsgruppe München e V

Wir laden hiermit unsere jüdischen Mitbürger ein, am Donnerstag, 20. Januar 1927, abends 8 Uhr im Museumssaal Promenadestr. zahlreich zu erscheinen ● Unser Kamerad, Herr Gutsbesitzer A. Sandelowsky aus Norgehnen i. Ostpreußen wird über die

Ansiedlung jüdischer Landwirte in Deutschland

sprechen

Agudas Jisroel Ortsgruppe München

Am Montag, den 3. Januar 1927, abends $8^1/_4$ Uhr, spricht im Bibliotheksaal Herzog-Max-Straße

Herr Dr. Salomon Ehrmann über

Agudas Jisroel und Erez Jisroel

Jedermann freundl. eingeladen

Dr. med. Hedwig Levinger
prakt. Ärztin
hat ihre Praxis verlegt nach
Dráchslstraße 6/I (beim Regerplatz)
(Haltestelle der Linie 12) Telephon 42035
Sprechstunden: Montag bis Freitag 2½-4, Samstag 8-9, Montag u. Donnerstag außerdem 6-7 Uhr

Teilweise möblierte
Wohnung mit 4 Zimmern
und Küche nächst dem Siegestor sofort zu vermieten.
Näheres Albanistraße 7/3 mitte

Die Jüdische Berufsberatung und Stellenvermittlung
München, Herzog-Max-Str. 7/o, Tel. 55283
ersucht um Meldung v. **Lehrstellen** für die Ostern 1927 zur Entlassung kommenden Knaben u. Mädchen

S. WOHLFEILER, Baaderstr. 16
empfiehlt sich zur
Anfertigung feinster Herrengarderobe
sowie ändern, aufbügeln, modernisieren bei billigster Berechnung und promptester Bedienung

Kostüm-Stickereien, Plissé, Hohlsaum, Knöpfe
Franz Gruber, München, Burgstrasse 16/III, Telefon Nr. 22975

F. VAUPEL
SÜDFRÜCHTE U. FEINKOST
München / Maximiliansplatz 12a / Tel. 27515
Geschenkkörbe in allen Preislagen / Freie Zusendung ins Haus.

Besuchen Sie
Preysing-Palais
GASTSTÄTTEN
Residenzstraße 27, neben der Feldherrnhalle
Menü: M. 2.50 und M. 3.50

Weinhaus Schleich
und
Odeon Bar
sind von alters her bekannt als die vornehmsten
Weingaststätten Münchens
Aufenthalt vornehm, Küche bekannt.
Neben bestgepflegten Weinen
echtes Pilsener Bier vom Faß.
Charles Müller, Pächter
Besitzer des Strandfamilienbades Schliersee

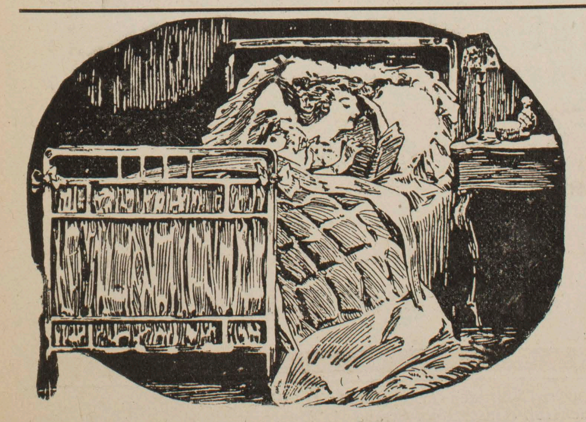
Garmisch (Bayer. Alpen)
Garmischer Hof 5 Min. v. Bahnhof. Tel. 73. **Das gute Kleinhotel**
Vornehmes, ruhiges Haus. Jedes Zimmer m. Doppeltür und Balkon. Prachtvolle Aussicht. Zentralheizung. Bes. **G. Seitz**

BERCHTESGADEN
HOTEL VIER JAHRESZEITEN
Schönstgelegenes Haus am Platze. Gemütlicher Aufenthalt zu jeder Jahreszeit. Frühjahr und Herbst ermäßigte Preise. Fernsprecher 37.
Bes. ADOLF MILLER.

Bahnhotel Neue Post
Tegernsee
Altbekannte gute Küche u. Zimmer, Zentralheizg.

Bad Wiessee am Tegernsee
Park-Hotel (Sappikeller)
Vornehmes Familienhotel, Warmwasserheizung, fließendes kaltes und warmes Wasser, Autogaragen, 120 Betten, erstklassiges Restaurant (Diätküche) Freie Wagen ins Bad, Hoteldiener am Bahnhof Tegernsee.
Fernruf Tegernsee 367 Besitzer: Gottschlicht und Hatzl

Hotel „Tegernseerhof"
TEGERNSEE
Altbekanntes, gutbürgerliches Haus. Besitzer: MAX AIGNER



Ein Paradiesbett!

Oh, welch ein Genuß, am Morgen prächtig ausgeschlafen zu haben, denn es gibt kein anderes Bett, in dem man besser schlafen kann.
Es wird ununterbrochen wohltätig gelüftet, bleibt frisch, rein und sauber.

***Nur** München, Kaufingerstrasse, Ecke Färbergraben*

Paradiesbettenfabrik
M. STEINER & SOHN A.-G.

Verantwortlich für die Redaktion Dr. J. Seide, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.